

Errichtung einer DK-0 Deponie in Monheim

Protokoll über ein Gespräch zwischen Mitgliedern des Stadtrates Monheim und Vertretern der Bürgerinitiative am 14.08.2024

Gesprächsort: Sitzungssaal des Rathauses Monheim
Gesprächsdauer: 17:00 – 19:00 Uhr
Teilnehmer: Vertreter des Stadtrates:
Erster Bürgermeister Günther Pfefferer, 2. Bürgermeisterin Anita Ferber, Stadtrat Gerhard Böswald, Stadtrat Jürgen Eitel, Stadtrat Lothar Roßkopf, Stadträtin Helga Utjesinovic
Vertreter der Bürgerinitiative:
Diana Dums, Felix Meyer, Undine Meyer, Xaver Meyer, Daniel Rieger, Klaus Schaefer
Externe Personen bzw. Berater:
Dipl. Geol. Barfeld, Johannes Wolf
Verwaltung:
Wecker (Schriftführer)

Stadtrat Eitel erscheint verspätet zu Sitzung. Aus diesem Grunde beginnt das Gespräch erst um 17.05 Uhr.

Zu Beginn des „Runden Tisches“ begrüßt Bürgermeister Pfefferer die Anwesenden. Er führt aus, dass im Nachgang zur Infoveranstaltung der Stadt Monheim zur Errichtung einer DK-0 Deponie, die am 24.07.2024 stattgefunden habe, zwischen Herrn Xaver Meyer und Herrn Wolf ein längeres Gespräch stattgefunden habe, in dem über die Möglichkeit zum Abschluss eines „gemeinsamen Arbeitspapiers“ bzw. die schriftliche Festhaltung eines Kompromisses gesprochen worden sei. Bürgermeister Pfefferer stellt konkret die Frage, ob von Seiten der Vertreter der Bürgerinitiative der Abschluss eines solchen „gemeinsamen Arbeitspapiers“ möglich sei und bietet an, anlässlich des heutigen Gespräches ein solches Arbeitspapier zu erarbeiten.

Herr Felix Meyer teilt hierzu mit, dass der Abschluss eines solchen „gemeinsamen Arbeitspapiers“ grundsätzlich möglich sei. Von Seiten der Bürgerinitiative könne anlässlich des heutigen „Runden Tisches“ bereits ein „Forderungskatalog“ vorgelegt werden (dieser „Forderungskatalog“ ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt). Anschließend verteilt Herr Felix Meyer an die anwesenden Personen ein Arbeitspapier „Nachweis Ausgleichsflächen“.

Anschließend führt Herr Wolf anhand einer ppt-Datei Folgendes aus:

- Die Böschung im Süden und Norden der bestehenden Deponie könne nicht verändert werden. Lediglich in einem Teilbereich der Deponie könne noch etwas

Deponievolumen generiert werden, was dann ggf. zu einer zeitlichen Verzögerung zur Gründung des 1. BA der neuen Deponie führen könne.

- Ab dem Zeitpunkt, ab dem ein Genehmigungsbescheid des LRA Donau-Ries zur Errichtung der neuen DK-0 Deponie vorliege, sei die Ersatzpflanzung für den 1. BA durchzuführen.
- Ein weiterer Synergieeffekt könne sich durch ein „Anflanschen“ der neuen DK-0 Deponie an die bestehende Erdaushubdeponie ergeben. Dies sei im Rahmen des Genehmigungsverfahrens abzuklären.
- Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens sei es das Ziel der Stadt Monheim die gesamte Deponiefläche mit 7,5 ha genehmigen zu lassen. Mit Erteilung des Genehmigungsbescheides habe diese Fläche dann Bestandschutzwirkung. Weitere Zielvorgabe der Stadt Monheim sei es, zunächst nur einen 1. BA mit einer Fläche von 2,5 – 3,0 ha zu gründen und die Entscheidung über die Gründung des 2. und 3. BA zukünftigen Generationen zu überlassen.
- Sowohl die Möglichkeit des „Anflanschens“ als auch die Bildung der jeweiligen Bauabschnitte sei, zwischen der Stadt Monheim und den Vertretern der Bürgerinitiative, in den gemeinsamen Gesprächen erarbeitet worden. Dies sei eine Win-Win-Situation für beide Seiten.

Herr Felix Meyer stellt hierzu die Frage, ob die Stadt Monheim dann die Ersatzaufforstung zeitlich besser als im IG „Südlich der Wemdinger Straße II“ vornehmen werde? Hierauf teilt zunächst Bürgermeister Pfefferer anschließend Stadtrat Eitel mit, dass die Ersatzaufforstung im IG im Herbst dieses Jahres vorgenommen werde und dies in der Genehmigungsplanung so vorgegeben sei. Sie verweisen insoweit auf die Ausführungen von Herrn Förster Weber anlässlich der Informationsveranstaltung vom 24.07.2024.

Herr Felix Meyer teilt hierzu mit, dass dann Ende des Jahres zu prüfen sei, ob diese Ersatzaufforstungen vorgenommen worden seien. Herr Felix Meyer bittet hierzu, dass die entsprechenden Bescheide denen die Zeitpunkte der Ersatzaufforstung zu entnehmen seien, auf der Homepage entsprechend veröffentlicht werden.

Herr Daniel Rieger teilt mit, dass anlässlich des heutigen Gespräches ein Kompromiss gefunden werden soll. Die Erarbeitung eines Kompromisses sei vermutlich der „einzige Weg“, die Diskussion um die Errichtung einer DK-0 Deponie im beiderseitigen Einvernehmen, ohne Spaltung der Bevölkerung, vorzunehmen und ggf. zu beenden. Die Vorschläge der Stadt Monheim anlässlich der letzten Informationsveranstaltung seien ziemlich nahe an dem, was sich die Bürgerinitiative vorgestellt habe. In dem „Forderungskatalog“, der 15 Punkte umfasse, seien vermutlich verschiedene Punkte vorhanden, die zu verhandeln seien. Vielleicht seien einige Punkte so, wie von der Bürgerinitiative gewünscht, nicht umsetzbar. Ziel sollte aber die Verabschiedung eines „gemeinsamen Arbeitspapiers“ sein.

Herr Felix Meyer führt die 1. Forderung der Bürgerinitiative aus, dass sofort nach Erhalt des Genehmigungsbescheides die Fläche von 7,5 ha aufzuforsten sei. Wenn dann bspw. der 3.

BA gerodet werde, sei die Ersatzaufforstung bereits ca. 20 Jahre alt und bereits als „richtige“ Waldfläche vorhanden.

Hierzu führt Stadtrat Böswald aus, dass erst im Rahmen der Detailplanung eine Aussage darüber getroffen werden könne, ob und in welchem Umfang die erforderliche Ersatzaufforstung vorgenommen werden müsse.

Herr Wolf ergänzt diese Aussage dahingehend, dass es im Vorfeld nur sehr schwer sein werde, konkrete Zahlen und Fristen in einer Vereinbarung zu fassen. Von Seiten der Stadt Monheim könne jedoch zugesichert werden, dass vor Rodung eines entsprechenden Bauabschnittes diese Fläche an einer anderen Stelle aufgeforstet werde.

Herr Daniel Rieger stellt die Frage, ob als Kompromissvorschlag vorstellbar sei, dass bspw. 5 Jahre vor Gründung eines entsprechenden Bauabschnittes die entsprechende Ersatzpflanzung vorzunehmen sei?

Hierzu teilt Herr Wolf mit, dass dies zwar so vereinbart werden könne, er stellt aber gleichzeitig die Frage, wer bzw. welches Gremium diese Umsetzung dann kontrollieren solle. Auch müsse man dann tatsächliche und konkrete Zeitpunkte benennen. Beim „gemeinsamen Arbeitspapier“ werde es sich um eine „privatrechtliche Vereinbarung“ handeln, die von Seiten des Landkreises Donau-Ries sicherlich nicht kontrolliert werde.

Herr Barfeld schlägt hierzu vor, dass ein „gemeinsames Arbeitspapier“ so vereinbart werden solle, dass es auch „Teil des Genehmigungsbescheides“ werden könne.

2. Bürgermeisterin Ferber teilt hierzu mit, dass der Grundgedanke, eine Ersatzaufforstung weit im voraus durchzuführen, durchaus positiv zu werten und durchaus richtig sei. Allerdings sei die Stadt Monheim auch dazu gehalten, wirtschaftliche Entscheidungen zu treffen.

Bezüglich des Punktes 1. führt Herr Wolf aus, dass aus Sicht der Stadt Monheim eine zu lange Vorlaufzeit bzgl. der Ersatzaufforstung sicherlich nicht zielführend und diese zeitnah zum jeweiligen Bauabschnitt vorzunehmen sei. Es müsse eine Formulierung getroffen werden, die passend mit in den entsprechenden Erläuterungsbericht mit aufgenommen werden könne. Die UNB des LRA Donau-Ries müsse vorab informiert sein und entsprechend mitwirken.

Bzgl. des 2. Punktes teilt Herr Wolf mit, dass die Aufforstung in die Gesamtbetrachtung zur Deponie gehöre.

Hierzu stellt Frau Meyer die Frage, ob nicht Privatpersonen oder Firmen die entsprechende Ersatzaufforstung vornehmen können. Hierzu teilen Herr Barfeld und Herr Wolf mit, dass diese Möglichkeit nur sehr schwer im Genehmigungsbescheid zu „fassen“ bzw. zu formulieren sei.

Bzgl. des 4. Punktes teilt Herr Barfeld mit, dass im „Schlussbescheid“ zur bestehenden Deponie stehen werde, welche Rekultivierungsmaßnahme zu treffen sei. Wichtig sei, dass anlässlich der jeweiligen Gespräche zwischen dem Rekultivierungsbescheid der bestehenden Deponie und dem Genehmigungsbescheid zur neuen DK-0 Deponie zu unterscheiden sei. Er schlägt vor, die bestehende Deponie zunächst soweit als möglich zu verfüllen und anschließend dann zu rekultivieren.

Hierzu stellt Frau Meyer die Frage, ob die Fläche der bestehenden Deponie im Rahmen der Rekultivierung dann mit Bäumen bepflanzt werde, oder mit einer PV-Anlage versehen werde.

Hierauf teilt Herr Barfeld mit, dass theoretisch sowohl die Errichtung einer PV-Anlage, die Umgestaltung in einen Bike-Park als auch die Pflanzung von Bäumen möglich sei. Diese Überlegungen seien jedoch in den Planungen der Rekultivierung der bestehenden Deponie auszuarbeiten und zu beschließen.

Auf die Rückfrage von Herrn Daniel Rieger, ob konkret vereinbart werden könne, die Deponiefläche um 2 m aufzufüllen und anschließend mit Bäumen zu pflanzen, antworten Stadtrat Roßkopf und Herr Barfeld, dass es schwierig sei, zunächst etwas zu vereinbaren was dann u. U. so nicht eingehalten werden könne, da man zuerst die Meinung der jeweiligen Fachbehörden hierzu einholen müsse.

Herrn Wolf stellt die Frage, welchen Hintergrund die in Punkt 6 formulierte Forderung habe. Aus Sicht der Stadt Monheim solle für die Bürgerinnen und Bürger immer eine Entsorgungssicherheit durch ausreichendes Deponievolumen gegeben sein.

Hierzu teilt Herr Daniel Rieger mit, dass man durch eine solche Formulierung erreichen wolle, dass Monheimer Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die zugesagte Entsorgungssicherheit haben und das entsprechende Deponievolumen nicht von auswärtigen Personen oder von der Stadt Monheim aufgebraucht werde.

2. Bürgermeisterin Ferber teilt hierzu mit, dass die Anlieferung von „Auswärtigen“ ausgeschlossen werden könne. Herr Wolf ergänzt hierzu, dass dies so zwar nicht im Genehmigungsbescheid stehen könne, die Stadt Monheim sich aber eine Deponiesatzung geben könne, in der dann eine entsprechende Regelung enthalten sei.

Herr Xaver Meyer teilt hierzu mit, dass ihm ein LKW-Fahrer, dessen Kennzeichen mit „DLG“ begann mitgeteilt habe, dass das Material seiner Ladung aus dem Bereich Dillingen stamme. Herr Felix Meyer teilt hierzu weiter mit, dass hierdurch auch die Stadt Monheim zum Umdenken gezwungen werden solle um auch alternative Entsorgungsmöglichkeiten zu überdenken. Konkret sei hier z. B. der Bau von Lärmschutzwällen anzusprechen.

Herr Barfeld bezeichnet den Gedanken der Wiederverwertung als sehr gut. Allerdings sei die Bunte Breccie nur sehr bedingt für eine Wiederverwertung geeignet. So können man dann zwar damit Lärmschutzwälle erreichen, die Anzahl benötigter Lärmschutzwälle sei jedoch vermutlich begrenzt.

Herr Schaefer verlässt das Gespräch!

Herrn Felix Meyer führt aus, dass im Zuge einer Straßenbaumaßnahme das zu entsorgende Material bspw. dann wieder für eine Straßenbaumaßnahme genutzt werden könne.

Herr Wolf führt hierzu aus, dass entnommener und nicht belasteter Straßenunterbau allenfalls für die Sanierung öffentlicher Feldwege genutzt werden könne.

Herr Wolf teilt als Zwischenfazit mit, dass die im letzten Satz von Punkt 6 formulierte Forderung inhaltsgleich mit der Forderung von Punkt 3 sei. Eine Vereinbarung mit der Bürgerinitiative hierzu könne so nicht abgeschlossen werden, da, im Falle, dass kein Deponievolumen mehr in Monheim zur Verfügung stehe, dann automatisch der Benutzungszwang für die DK-0

Deponie in Maihingen greife. Die Forderung in Punkt 7 sei zwischenzeitlich ausführlich besprochen.

Bezüglich der in Punkt 8 formulierten Forderung nach einer wissenschaftlichen Begleitung teilt Herr Barfeld mit, dass die Bunte Breccie noch nicht richtig wissenschaftlich erforscht sei. Hier könne bspw. das Landesamt für Umwelt mit einbezogen werden. Allerdings ziele diese wissenschaftliche Begleitung dann auf die 2Forschungsergebnisse zur Bunten Breccie und nicht auf den Deponiebau ab. Ggf. könne man versuchen mit der Universität in Freiberg über eine wissenschaftliche Begleitung zum Thema Deponiebau zu sprechen. Im späteren Verlauf des Gespräches wiederholte Frau Meyer nochmals diese Frage!

2. Bürgermeisterin Ferber weist hierzu jeweils auf sich u. U. zeitlich ergebende Probleme in der Ausfertigung einer entsprechenden Masterarbeit und den Planungen zur Realisierung der DK-0 Deponie hin. Im späteren Verlauf des Gespräches wiederholte Frau Meyer nochmals diese

Bezüglich der in Punkt 9 und 10 formulierten Forderungen teilt Herr Wolf mit, dass dann im Genehmigungsbescheid eine Festsetzung getroffen sei, welches Rückhaltevolumen das RRHB aufweisen müsse. Er führt auch aus, dass spätestens 5 Jahre nach Abschluss der Rekultivierungsmaßnahme die bestehende Deponie als solche nicht mehr zu erkennen sei.

Bezüglich der in Punkt 11 formulierten Forderung teilen Bürgermeister Pfefferer und Stadtrat Eitel mit, dass das IB Eckmeier und Geyer derzeit ein Sturzflutenmanagement ausarbeiten, welches die Stadt Monheim in Auftrag gegeben habe. Bereits jetzt könne ausgesagt werden, dass das in Itzing, anlässlich von Starkregenereignissen sich ansammelnde Hochwasser, nicht aus dem Bereich der bestehenden Deponie stamme. Lediglich ein kleiner Teil dieser Wassermassen ergebe sich aus dem Bereich Monheim. Der überwiegende Teil komme aus einem Bereich, der sich über die Fläche Fünfstetten bis Kreut erstrecke.

Bezüglich der in Punkt 12 formulierten Forderung teilt Herr Wolf mit, dass ja bspw. auch auswärtige Fuhr- und Bauunternehmer DK-0 Material, der aus „Monheimer-Baumaßnahmen“ stamme, zur Deponie verbringen können.

Bezüglich der in Punkt 13 formulierten Forderung sind sich alle Beteiligten einig, dass eine entsprechende Veröffentlichung vorgenommen werden könne.

Bezüglich der in Punkt 14 und 15 formulierten Forderungen wird die Errichtung einer neuen Zufahrt auf Höhe der Grundstücke Fl.Nrn. 1821 und 1826, Gem. Flotzheim, von den Vertretern der Stadt Monheim befürwortet. Dies könne auch dazu führen, dass wie von Frau Dums beanstandet, dann keine LKW's mehr über die Siedlung eine entsprechende Abkürzung nehmen.

Stadtrat Eitel verweist hierzu auf die bisherigen Aussagen, dass der bestehende Deponieverkehr die Naherholung im Bereich der bestehenden Deponie störe. Er schlägt

deshalb vor, die vorgenannte Zufahrt neu zu errichten und die Bevölkerung in dieses Thema mit einzubinden.

Die Vertreter der BI schlagen vor, entsprechende Verkehrszeichen, Warntafeln und Hinweisschilder in der „Kölburger Straße“ zu errichten, damit LKW's keine Abkürzung von Richtung Kölbürg kommend, über den „Fasanenweg“ hin zur Deponie nehmen.

Zweite Bürgermeisterin Ferber teilt hierzu mit, dass das „Aufstellen“ von Verkehrszeichen ohne Durchführung einer Verkehrsschau im Beisein der Polizei nicht möglich sei. Auch stelle sich die Frage, inwieweit solche Verkehrszeichen von den jeweiligen LKW-Fahrern dann auch tatsächlich befolgt werden.

Herr Felix Meyer stellt an die Vertreter der Stadt die Frage, ob die Stadt bereit sei, bspw. nur 1 ha mehr Wald aufzuforsten, als im Genehmigungsbescheid gefordert werde?

Hierzu teilen die Stadträte Eitel und Böswald mit, dass wirtschaftlich betrachtet der Unterabschnitt Wald im Haushalt der Stadt Monheim bereits defizitär sei. Sie stellen die Frage, nach der Finanzierbarkeit solcher Kosten für solche Mehraufforstungen!

Herr Wolf stellt anhand eines „Zeitstrahls“ den Ablauf des Verfahrens vor, der auch auf der Internetseite der Stadt Monheim veröffentlicht werden könne.

Bürgermeister Pfefferer stellt die Frage, ob anlässlich der am 10.09.2024 stattfindenden Stadtratssitzung ein „gemeinsames Arbeitspapier“ vorgelegt werden könne. Ziel des Stadtrates sei es, anlässlich dieser Stadtratssitzung über den weiteren Fortgang zur Errichtung einer DK-0 Deponie zu beraten.

Stadtrat Eitel stellt die Frage, ob eine Entscheidung zum Thema „Errichtung einer DK-0 Deponie“ nicht grundsätzlich durch die Bürgerschaft mittels eines Bürgerentscheides entschieden werden soll. So sei aus seiner Sicht auch der Beschluss für ein Ratsbegehren denkbar. Weiterhin stellt er die Frage, ob im Falle der Erarbeitung eines „gemeinsamen Arbeitspapiers“ die Vertreter der Bürgerinitiative weiterhin mit einem Bürgerentscheid „drohen“.

Hierzu teilen Frau Meyer und Herr Felix Meyer mit, dass eine Antwort hierauf anlässlich des heutigen Gespräches schwierig sei, da ja ca. 500 Menschen in der Bürgerinitiative vertreten seien.

Herr Daniel Rieger führt hierzu aus, dass die Bürgerinitiative noch ca. 300 Befürworter umfasse. Aus diesem Grunde sei ein Bürgerbegehren vermutlich nicht möglich.

2. Bürgermeisterin Ferber und Stadtrat Roßkopf führen aus, dass im Falle der Erzielung eines Kompromisses in Form eines „gemeinsamen Arbeitspapiers“ kein Ratsbegehren durchgeführt werden solle. Stadtrat Eitel vertritt die Meinung, dass trotz „gemeinsamen Arbeitspapier“ letztlich die Gesamtheit der Bürgerschaft mittels Bürgerentscheid über die Errichtung einer DK-0 Deponie entscheiden solle.

Herr Daniel Rieger spricht sich gegen die Durchführung eines Ratsbegehrens aus. Durch den Abschluss eines „gemeinsamen Arbeitspapiers“ erfolge an die 700 Personen, die auf der

Unterschriftenliste unterschrieben haben, das deutliche Signal, dass sich die Stadt Monheim konstruktiv bewegt habe.

Dem Vorschlag von Herrn Wolf, dass die Vertreter der BI zunächst ein „gemeinsames Arbeitspapier“ erarbeiten und dieses dann zunächst mit dem Schriftführer dieses Protokolls abstimmen sollen, stimmen die Vertreter der BI zu.

Abschließend dankt Bürgermeister Pfefferer den Anwesenden für die konstruktive Zusammenarbeit.

Anlagen:
Entwurf der durch die BI vorgelegten Vereinbarung
ppt-Datei von Herrn Wolf
Arbeitspapier „Nachweis Ausgleichsflächen“

Die folgenden vier unterzeichnenden Personen bestätigen hiermit, dass dieses Protokoll den Verlauf sowie die Wortmeldungen des Gespräches „Runder Tisch“ vom 14.08.2024 entspricht.

Monheim, 30.09.2024

Pfefferer,
Erster Bürgermeister

Wecker,
Schriftführer

Monheim, 02.10.2024

Felix Meyer,
Vertreter der Bürgerinitiative

Daniel Rieger,
Vertreter der Bürgerinitiative